Die Praxis der Finanzierung von Projekten für die Polizei aus den Verwarngeldeinnahmen ist zu beenden. Die dafür notwendigen Mittel sind im Sachhaushalt zur Verfügung zu stellen!

Der Personalabbau in der Polizei zeigt bereits deutliche Auswirkungen. Bereits kleinere polizeiliche Lagen zwingen uns wegen Personalmangels immer öfter zu immer längeren Dienst- und Einsatzzeiten. Die physischen und psychischen Belastungen unserer Polizistinnen und Polizisten sind enorm gestiegen.

Vor diesem Hintergrund erhält der **Arbeits- und Gesundheitsschutz** eine zunehmende Bedeutung. Zur Umsetzung eines erfolgreichen Gesundheitsmanagement gehören aber neben der Einführung eines betrieblichen Wiedereingliederungsmanagements und einem Sporterlass weitere Maßnahmen.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert deshalb:

- *Beibehaltung der besonderen Altersgrenze im Polizeivollzugs dienst*
- *Einführung eines landesweiten Konzepts zum Erkennen und Reagieren auf posttraumatische Belastungsstörungen in der Polizei*
- *Angebote zur Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention, sowie regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen*
- *Maßnahmen zum alternsgerechten Arbeiten in der Polizei*
- *Einführung von hauptamtlich beschäftigten Fachkräften für Arbeitssicherheit*
- *Rückkehr zur Heilfürsorge auf dem Niveau der PKV für die Beamten in der Polizei und Ruheständler auf freiwilliger Basis*
- *Konsequente Fortführung des Projekts und landesweite Einführung des Audits „Berufundfamilie“*

Die Polizei im Land Brandenburg genießt weiterhin ein hohes Ansehen in der Bevölkerung. Sie rangiert damit vor vielen anderen Berufsgruppen.

Die Voraussetzungen zu schaffen, dieses Ansehen auch zukünftig zu wahren, liegt in der Verantwortung der Politik. Sie bestimmt mit ihrem Handeln, ob sich die Bürger in unserem Land sicher fühlen, ob Brandenburg ein beliebtes Ziel für den Tourismus bleibt und ob sich Brandenburg als lohnender Investitionsstandort entwickeln kann.

Potsdam, Juli 2009

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Brandenburg

POLIZEI SICHERHEIT

POLIZEI FÜR DIE SICHERHEIT-
SICHERHEIT FÜR DIE POLIZEI

Polizei für die Sicherheit- Sicherheit für die Polizei

Unter diesem Motto berieten die Delegierten auf dem 23. GdP Bundeskongress 2006 in Berlin über den aktuellen Stand und zukünftigen Anforderungen an eine moderne und leistungsfähige Polizei.

Dieser Leitspruch ist für die Polizei im Land Brandenburg aktueller denn je.

Demokratie bedeutet Teilhabe an Entscheidungsprozessen.

Die Gewerkschaft der Polizei hat sich den aus dem demografischen Wandel und dem veränderten Kriminalitätslagebild ergebenen Herausforderungen stets gestellt.
Sowohl die Polizeireform 2002 als auch die Evaluierung der Kriminalpolizei 2008 hat die Gewerkschaft der Polizei kritisch begleitet.

Es gehört zu unserem Selbstverständnis, deutlich auf die Konsequenzen von politischen Vorgaben und Entscheidungen hinzuweisen.

Vor dem Hintergrund des politisch beschlossenen Personalabbaus und den damit einhergehenden Strukturveränderungen haben sich die Anforderungen an jeden unserer Kolleginnen und Kollegen, ob Polizeivollzugs- bzw. Verwaltungsbeamter oder Beschäftigter, erhöht.

Arbeitsverdichtung, Überalterung, Demotivation und ein überdurchschnittlicher Krankenstand sind die Folgen.

Das Messen der Polizeiarbeit ausschließlich an betriebsökonomischen Kennzahlen wird dem Anspruch unserer Bürger an ihre Polizei und dem Berufsethos unserer Kolleginnen und Kollegen nicht gerecht.

Im Bestreben, die Aufgaben der Polizei in „Produkte“ zu definieren, bleibt die wichtigste Ressource – der Mensch – auf der Strecke. Und das betrifft unsere Kolleginnen und Kollegen genauso wie unseren „Kunden“, den Bürger.

Um auch in Zukunft **der** kompetente Partner für unsere Bürgerinnen und Bürger in Fragen der Inneren Sicherheit zu bleiben, sind sowohl Politik als auch Polizeiführung gefordert, eine effektive und bürgernahe Polizei mit zufriedenen und motivierten Mitarbeitern zu schaffen und perspektivisch zu sichern.
Die Gewerkschaft der Polizei fordert:

Der Personalabbau in der Polizei ist zu stoppen!

Der bereits in der Polizei vollzogene Stellenabbau hat als Konsequenz nachweislich zu einer Arbeitsverdichtung und zu einem erheblichen Anwachsen von Überstunden / Mehrdienst geführt. Gleichzeitig hat die durchschnittliche Zahl der Krankentage je Mitarbeiter im Landesvergleich einen Besorgnis erregenden Höchststand erreicht.

Die Gewerkschaft der Polizei sieht den Beruf eines Polizisten als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Das schließt ein, dass wir für den Bürger vor Ort erreichbar bleiben. Wir fordern deshalb den

Erhalt aller Polizeistandorte im Land Brandenburg!

Personalplanung und –entwicklung, wie im Rahmenkonzept für die Polizei beschrieben, setzen neben der Aus- und Fortbildung auch einen festen, planbaren Personalbestand voraus.
Ca. 40 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung der Polizei scheiden in den nächsten 10 Jahren allein aus Altersgründen ohne ausreichenden Nachersatz aus dem aktiven Dienst aus.

Bereits heute sind rund ein Viertel der Verwaltungsstellen mit Polizeivollzugsbeamten besetzt, die dadurch nicht mehr für die Strafverfolgung und Gefahrenabwehr zur Verfügung stehen.

Um zukünftig eine effektive und qualifizierte Arbeit in der Verwaltung leisten zu können, fordert die GdP einen Einstellungskorridor für ausgebildete Verwaltungsbeamte und Beschäftigte sowie die Verbesserung der individuellen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Beschäftigten!

Dazu gehört auch, dass jungen Menschen nach der Ausbildung bei der Polizei eine berufliche Perspektive in der Polizei geboten wird.

Die Einführung PC – gestützter Systeme kann den qualifizierten Mitarbeiter nicht ersetzen. Der sinnvolle Einsatz derartiger Systeme kann jedoch den Verwaltungsablauf vereinfachen und effektiver gestalten.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert deshalb die Einführung geeigneter IT Lösungen für den Umstieg auf ein weitestgehend papierloses Büro in der Verwaltung!

Zur Umsetzung dieser Forderung, vor allem aber auch zur Sicherheit und jederzeitigen Verfügbarkeit der bereits vorhandenen IT – Systeme mit ihren polizeispezifischen, sensiblen Daten benötigt die Polizei

den ZDPol als zentralen IT – Dienstleister und Beschaffer in der Polizei!

Die Wartung, Betreuung und Instandsetzung der polizeispezifischen IT – Anwendungen muss rund um die Uhr und an 365 Tagen im Jahr gewährleistet bleiben. Das Bestreben, diesen Bereich auszugliedern, gefährdet die Einsatzbereitschaft der Polizei.

Die Gewerkschaft der Polizei begleitet das Projekt zur Einführung des „Flexiblen Büros“ in der Polizei. Die in diesem Zusammenhang laufenden Piloten in der Kriminalpolizei des Schutzbereiches Brandenburg und für den Neubau des Schutzbereiches in Falkensee müssen ohne einschränkende Vorgaben und ergebnisoffen fortgeführt werden.
Ausgehend von den Erfahrungen bei der Gestaltung von Polizeidienststellen in anderen Bundesländern und im Ausland und um den Ansprüchen an die dienstlichen Erfordernisse einerseits aber auch den sozialen Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter andererseits gerecht zu werden, fordert die Gewerkschaft der Polizei die

Zeitnahe Evaluierung und Entscheidung zu allen Projekten unter der Voraussetzung, dass sich die Umsetzung an den dienstlichen Belangen und sozialen Bedürfnissen der Mitarbeiter orientiert

Die Polizei muss mit den sich ständig entwickelnden technischen Möglichkeiten Schritt halten. Aber noch immer müssen Polizeivollzugsbeamte ihre privaten Handys nutzen, um mit ihren Kollegen oder ihren Wachen zu kommunizieren, weil über den analogen Funk keine flächendeckende Erreichbarkeit gewährleistet ist. Dieser Umstand erschwert nicht nur die Einsatzbewältigung sondert gefährdet vor allem auch die Sicherheit unserer Polizisten. Die Gewerkschaft der Polizei fordert deshalb

Die Einführung eines praxisgerechten Digitalfunks mit entsprechender Kompatibilität zu den Polizeien der anderen Bundesländer!

Die in den letzten Jahren eingeführte Praxis, dass Projekte in der Polizei aus den Verwarngeldeinnahmen finanziert werden, hat dazu geführt, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stringent einzuhaltende Vorgaben zu den Verwarngeldeinnahmen erhalten. Die Gewerkschaft der Polizei hat diese Praxis in den letzten Jahren immer wieder kritisiert; nicht zuletzt auch, weil sie das Ansehen der Polizei in der Bevölkerung gefährdet.